



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Infektionsgebühr für den Raum einer fünfstelligen Zeile in Zeitung 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 472. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 9. October 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London., 8. Oct. [Aus Newyork vom 27. Sept.] Die Konföderierten stehen noch auf der Linie des oberen Potomac. Die Gouverneure von 16 loyalen Staaten haben eine Adresse an den Präsidenten Lincoln gerichtet, in welcher sie erklären, seine konstitutionelle Autorität unterstützen zu wollen, die auf die Emancipation Bezug habende Proklamation billigen und die Bildung einer 100,000 Mann starken Reserve vorschlagen.

Der Gouverneur von Pennsylvania hat die zum Widerstande gegen eine Invasion einberufene Miliz wieder in ihre Heimath zurückgeschickt.

Vom 29. v. Mts. wird aus Newyork berichtet, daß die Konföderierten ihre Operationsbasis bei Winchester in Virginia gebildet haben, sie halten aber auch Streitkräfte am Potomacufer bereit, um die Unionisten am Ueberschreiten des Flusses zu hindern.

Nach einem Gericht wird die Armee der Unionisten nächstens ihre Winterquartiere beziehen; eine solche Maßregel wird von der unionistischen Presse hart angegriffen.

Coburg., 7. Oct. Die Generalversammlung des Nationalvereins vertrat den Antrag auf Umwandlung der stehenden Heere in Volksheere. Sie beschloß, zu erklären, daß für Wiederherstellung der mecklenburgischen Verfassung von 1849 zu wirken sei, so wie ferner, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich um das Vaterland verdient gemacht habe. (G. N.)

Belgrad., 7. Octbr. In einer gestern erschienenen Proklamation besagt es, daß die Regierung die Conferenzbeschlüsse angenommen habe, weil durch dieselben ein Theil der serbischen Wünsche erfüllt würde, und um den gegenwärtigen Zuständen ein Ende zu machen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

62. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (8. Oktober).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr mit der Mitteilung, daß gegenwärtig 48 Abgeordnete beurlaubt seien, und bei der gestrigen Abstimmung 23 Mitglieder ohne Urlaub geheiht hätten. Es werden wiederum mehrere Urlaubsgesuche bewilligt. — Am Ministertische v. Bodenbawing, v. Roon und mehrere Regierungs-Commissare. Die Tribünen des Hauses sind spärlich besetzt.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der 14. Commission, zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs, betreffend die außerordentlichen Bedürfnisse der Marine-Verwaltung für 1862. Über die Verhandlungen in der Commission ist schon früher Ausführliches mitgetheilt worden; der Commissionsbericht reproduziert dieselben. Der Schlussertrag geht hauptsächlich auf Ablehnung der Reg.-Vorlage und auf eine Resolution, welche die Regierung auffordert, im nächsten Jahre einen Organisations- und Finanzplan vorzulegen.

Der Berichterstatter Abg. Harkort ergreift zur Einleitung der allgemeinen Discussion das Wort. Die gegenwärtige Vorlage steht dem Hause ebenso gegenüber, wie die Heeres-Organisation. Das Recht, die Ausgaben zu kontrolliren, sei dem Hause bereits bestritten; das Recht, neue Steuern und Anteile zu bewilligen, habe es noch. Werde man aber nach einem solchen Misstrauensvotum, wie das gefrigte, dem Ministerium die verlangte Summe anvertrauen wollen? Die Vorlage könne bis zum nächsten Jahre warten, wo die Angelegenheit im Staat erledigt werden könne. Ghe das Haus neue Anlagen bemühe, wolle es seine Rechte festgestellt sehen.

Abg. Stavenhagen: Er hoffe, daß die Vorlage vom Hause in einer andern Weise beurtheilt werden, als von der Commission. Der Bericht der Commission besitzt eine außerordentliche Vollständigkeit an den Gründen für die Ablehnung der Vorlage. Diese Gründe seien finanzielle, technische und aus der gegenwärtigen Situation hervorgegangene. Man müßt aber alle die Fragen, welche die Sicherheit, Machthaltung und Ehre Preußens betreffen, von den Personen trennen. Es lägen Motive genug vor, die Sache noch einmal reiflich zu überlegen. Man werde, auch wenn der Grundplan vorliege, noch Gründe genug gegen die Vorlage hervorholen. Man möge aber nur die Freude betrachten, die in Dänemark über die Verwertung der Vorlage herrsche, und es handle sich gerade darum, unsere Marine in den Stand zu setzen, daß sie den Kampf mit Dänemark aushalten könne. Die Notwendigkeit einer Vergrößerung der Marine könne wohl von keiner Seite bestritten werden; diese Notwendigkeit sei in diesem Hause in früheren Jahren mehrfach stark betont, die Regierung sei zu dieser Vorlage sehr gedrängt worden. — Wenn der Referent meine, daß eine Commission zur Untersuchung der Marine-Angelegenheit im nächsten Jahre niedergelegt werden könne, so frage er, wie lange die Commission darüber verhandeln solle? Ich glaube, daß unter diesen Umständen die Sache im nächsten Jahre noch nicht zu Stande kommen werde. Die finanziellen Bedenken könnten nicht in den Vordergrund treten; er sei der Ansicht, daß bei solcher Frage die finanziellen Rücksichten in letzter Linie stehen müßten. — Die Vermehrung dieser Frage mit der Militärfrage halte er in keiner Weise für gerechtfertigt. — Das Land werde so viel aufbringen für die maritimen Streitkräfte, als zur Erhaltung unserer politischen Stellung notwendig sei. — Der Redner sucht darauf die Verwaltung gegen die Angriffe des Referenten zu schützen. Vieles in der Verwaltung sei anerkannter Wert; die ostasiatische Expedition habe die preußische Flagge mit Ehren in ferne Regionen getragen. Er glaube, daß dies Anerkennung verdiente, und daß man nicht alles ohne Ausnahme verbannen müsse. (Beifall rechts.) Ein Flottengründungsplan könne heute allgemein anerkannt, morgen in den Papierkorb geworfen werden müssen; die Verwaltung werde niemals unverricht an diesen Plan gebunden werden können. (Sehr richtig!).

Der Redner beleuchtet demnächst einen vom Referenten vorgelegten Gründungsplan und macht einige technische Bedenken gegen denselben geltend. Die dänische Flotte sei uns gegenwärtig entschieden überlegen; und nach drei Jahren würde sie auch nach dem Plane des Referenten noch die Superiorität haben, denn bis dahin seien dort viele Neubauten vollendet. Indem der Redner speziell auf die Vorläufe des Referenten eingingt, bemerkt er, daß derselbe ein Panzerkanonenboot wolle, obgleich er diese für unnötig erklärt. Sei dies der Fall, warum denn dies eine ungünstliche Geschäft? Man habe in der Commission darauf hingedeutet, daß Experimente der Art wohl nötig wären und daß man dazu ja die freiwilligen Beiträge verwenden könne. Er sage dem entgegen: die freiwilligen Beiträge, die Preußen anvertraut worden, sind ein heiliges Gut und dürfen nicht für Experimente verwendet werden. (Beifall.) Die ganze englische Flotte habe nur zwei Motorschiffe; die dänische, schwedische und norwegische haben gar nichts und es sei deshalb unerklärlich, daß der Referent gerade ein solches für 500,000 Thlr. haben wolle. — Der Referent schließt ein Promemoria mit den Worten: „eine solche Schiffsmauer braucht Dänemark nicht zu fürchten.“ Ja, meine Herren, wenn Dänemark in diesem Sache das Subjekt ist, so unterschreibe ich ihn sicherlich!“

Abg. Kerst: Die Gesetzvorlage verlange einfach einen Supplementar-Credit zu dem zurückgezogenen Staat pro 1863. Er habe das lebhafte Interesse, daß es mit unserer Marine vorwärts gehe, und was zu ihrer Entwicklung wirklich beitragen könne, begrüßte er mit Freuden, ohne Vertrauen und ohne Misstrauen gegen die gegenwärtige Regierung. Wenn die

Entwicklung wirklich beitragen könne, begrüßte er mit Freuden, ohne Vertrauen und ohne Misstrauen gegen die gegenwärtige Regierung. Wenn die

Entwicklung wirklich beitragen könne, begrüßte er mit Freuden, ohne Vertrauen und ohne Misstrauen gegen die gegenwärtige Regierung. Wenn die

Entwicklung wirklich beitragen könne, begrüßte er mit Freuden, ohne Vertrauen und ohne Misstrauen gegen die gegenwärtige Regierung. Wenn die

Entwicklung wirklich beitragen könne, begrüßte er mit Freuden, ohne Vertrauen und ohne Misstrauen gegen die gegenwärtige Regierung. Wenn die

Allgemeine endliche, so oft bereits verheissene Vorlegung eines Gründungs-Planes der Marine notwendig, ehe an eine Bewilligung zu denken sei. — Wenn gesagt werden, Dänemark werde seine Freude haben an der Ablehnung der Vorlage und Bereitstellung der Gründung einer preuß. Marine, so erwähne er: Durch Bewilligung von 1,400,000 Thlr. werde man doch nicht in drei Monaten eine Flotte schaffen können. — Was die Frage der Panzerboote insbesondere betrifft, mit deren Bau zuerst vorgegangen werden sollte, so erinnere er daran, daß man selbst in England über die zweitmöglichste Form noch nicht einig sei; ein 2-3monatlicher Aufschub würde also hier gewiß nicht schaden. Preußen für sich allein sei schon wegen des Mangels an Matrosen gar nicht im Stande, eine impoante Flotte zu schaffen; es gebe kein anderes Heil, als die Schaffung einer deutschen Flotte. Nur die werde die Sympathie der Nation haben. Auf die sonstigen Bedenken wolle

und Marineminister ist berechtigt, zur Beschaffung von drei Panzerbooten 600,000 Thlr. als erste Rate aus dem Staatsfonds zu nehmen.“

Kriegsminister v. Roon: Ich bedaure vorab, daß der Erfolg meiner Worte zweifelhaft sein wird; aber ich glaube nichtsdestoweniger meine Pflicht zu erfüllen, um das zu beseitigen, was den Anträgen der Regierung entgegensteht. Was die finanziellen Bedenken anbetrifft, so gestehe ich gern zu, daß sie unter allen Umständen schweres Gewicht haben. Für die technischen Bedenken ist auf einen bekannten Techniker und eine von ihm herausgegebene Schrift hingewiesen worden. Ich glaube, wenn man von Unfähigkeit der Laien gesprochen hat, diese doch wenigstens zwischen den entgegengesetzten Urtheilen der Fachmänner zu wählen haben werden, und im Übrigen wird es schwierig eine Verwaltung geben, wo der Chef Kenner des ganzen Details ist. Ich kann also diese Einwürfe gegen meine Zulänglichkeit nicht zugeben und glaube als ehrlicher Mann versichern zu dürfen, daß ich mich in dieser Beziehung besser kenne, als der Herr Referent. Man hat sich in dieser Beziehung auch auf das Urtheil eines Sachverständigen berufen, den ich selbst gern als solchen anerkenne. In Bezug darauf bemerkte ich jedoch, daß das Metier, zu tadeln, sich bei Denen, welche sich der Presse für ihre Anichten bedienen, leicht ausbildet. Wenn der Abg. für Bielefeld gemeint hat, daß Preußens Ressourcen nicht ausreichen, gleichmäßig ein starkes Landheer und eine starke Flotte zu halten, — wenn er behauptet, daß die Höhe der Forderungen für beide zu bedeutend, als daß man dem zustimmen könnte, so gebe ich zu, daß die Kosten allerdings sehr hoch sind, aber ich bin der Meinung, daß Preußens Ressourcen ausreichen müssen, um Preußens Ehre zu Land und Meer zu wahren. (Bravo rechts.)

Der Abg. Reichenheim hat behauptet, die Forderung der Regierung be-

lieft sich auf 25 Millionen Thlr. Die Regierung hat vier Forderungen aufgestellt. Zur Fortsetzung begonnenen Schiffsbauten 220,000 Thlr., zur Beschaffung von Uebungsschiffen 200,000 Thlr. Diese Forderungen gehörten nicht hierher. Drittens fordert die Regierung als erste Rate zum Bau von drei Panzerbooten 600,000 Thlr. Wenn diese bewilligt, dann werden freilich noch 1,200,000 Thlr. zu bewilligen sein. Viertens wünscht die Regierung 380,000 Thlr. als erste Rate für Anlegung eines Hafens auf Rügen. Wenn diese als Präjudiz für 23 Mill. betrachtet werden sollen, dann, meine Herren kann ich dem nicht widersprechen. Das ist ganz richtig, wenn wir an der Ostsee einen Kriegshafen haben wollen. Die Regierung weiß, daß dies nicht wohlsein, aber es kann überhaupt Niemanden zweifelhaft sein, daß die Anlegung eines Kriegshafens sehr thuer ist. — Weswegen die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht im nothwendigen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die gegebenen sollen, sobald die Regierung ihre Forderungen nicht auf den Staat gebracht hat, das hat der Abg. für Brandenburg schon theilweise beantwortet. Ich muß bemerken, daß die Regierung geglaubt hat, die ganze Angelegenheit als Extraordinarium, als ersten Schritt zum Ziel behandeln zu müssen, der durch Staatspositionen nicht zu erreichen. Deshalb ist die Vorlage in dieser Form gemacht worden. Sie ist kein integrierender Theil des Staat pro 1863; sie steht

Misstrauen gegen dieses Ministerium. Es ist richtig, daß dies in Betreff eines Theils geschehen. Ich hatte sogar von einem Inhibitorium aus einem Centro gehört, dem Sie näher stehen, als ich. Ich habe die freiwilligen Gaben gewiß mit großem Dank entgegengenommen; ich kann Sie aber versichern, daß der größere Theil mir zu Händen gekommen ist aus unserem engeren Vaterlande. Wenn jener Verein die weiteren Gaben inhibirt hat, so hat er das zu verantworten den Interessen gegenüber, die er zu vertreten übernommen.

Aber der Gedanke, es könnte dem gegenwärtigen Ministerium aus irgend einer Parteiübersicht etwas verweigert werden, was an sich nothwendig ist, hat mich nie überzeugt. Ich bin der Meinung, daß das Misstrauen gegen die Regierung nur auf Parteianhänger beruht. Beruht aber Preußens Ehre und Macht auf Parteianhängern? Giebt es in Preußen eine Partei, der ihre Ansicht höher steht, als Preußens Ehre? Erlauben Sie vorläufig, daß ich das nicht glaube. Das Gegenteil würde mich mit Schauder erfüllen.

Der Schluf der Debatte wird beantragt und angenommen.

Berichterstatter Abg. Harkort: Der Abg. Stavenhagen habe sich mit einem Plane beschäftigt, der in Niemandes Händen sei. Er (Referent) habe allerdings einen kleinen Gegenplan entworfen, aber nur um der Commission zu beweisen, wie weitläufig der Plan der Regierung sei.

Die Commission habe Fragen an die Regierung gerichtet; man habe sie führen lassen ohne Antwort;jetzt das eine Beobachtung, wie man mit einer Commission verfahren? (Sehr wahr!) Er müsse das Recht der Kammer wahren, daß nicht jerner so mit ihr verfahren werde. (Beifall.) Der Referent rechtfertigt die Commission gegen die verschiedenen Anträge, und nimmt namentlich die Unparteilichkeit für dieselbe in Anspruch. Der Abg. Karsten habe ihn an sein früheres Referat erinnert; darauf müsse er antworten, daß die Seiten sich vollständig geändert hätten.

Der Finanzminister habe die Frage, wie die Mittel zu beschaffen seien, für eine offene Frage erklart; ja, die offene Frage bei uns sei die offene Börse, der offene Beutel (Heiterkeit). Der Kriegsminister habe ihn einen Dilettanten genannt; ja wohl, er sei Dilettant, er habe seine Erfahrungen aus seiner Tafche bezahlt, er sei kein Dilettant auf Staatskosten (Heiterkeit). — Dem Militair sei verboten worden, an den deutschen Flotten-Concerten Theil zu nehmen; die Thatsache überlasse er dem Urtheil des Hauses. — Vor der Amazonie wolle er nicht weiter sprechen, da die Sache gegenwärtig bei den Gerichten schwebt. Da aber der Preße ein Vorwurf daraus gemacht sei, daß sie den Gegenstand beleuchtet habe, so müsse er doch bemerken, daß eine Anlegerinheit, die so viele Familien des Landes betreffe, wohl werth sei, daß die Preße sich ihrer bemächtige. (Sehr wahr!)

Der Kriegsminister habe seinen sämtlichen Seooffizieren in offener Kammer das Zeugniß der Unfähigkeit gegeben (Verwunderung des Kriegsministers); er frage, was diese Herren wohl dazu sagen sollten? Die Commission wolle, daß diese Sache auf das ordinäre Budget gebracht werde, und nicht hinter dem Rücken hande, wie hier geschehen (Sehr wahr!) — Der Redner war wie immer sehr schwierig verständlich, was bei der häufigen sehr lebhaften Zustimmung des Hauses doppelt bedauerlich erscheint.

Kriegsminister v. Roon persönlich: Der Referent hat über gewisse Personale gesprochen, was mir sehr unbehaglich ist, weil ich nur sehr ungern dem Herrn Referenten in harter Weise entgegentrete. Ich will in Bezug auf diese Persönlichkeit mit voller Offenheit antworten. Es ist keineswegs eine Schmach für die Marine, wenn ein Infanteriegeneral die Stelle eines Directors im Marineministerium bekleidet, denn die Marine-Offiziere versehen Funktionen, welche ein Infanterie-General nicht versehen kann, und wenn die Zahl derjenigen, die sich für solche Stellen eignen, nicht groß ist, so ist das kein Vorwurf für die Marine-Offiziere, sondern es geht daran hervor, daß diese praktisch ausgebildete Leute sind, denen die administrative Fähigkeit fehlt. — Es ist mir übrigens viel lieber, daß der Referat ein Dilettant auf eigene Kosten ist, als wenn er ein Dilettant auf Staatskosten wäre (Heiterkeit).

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Sitzung auf morgen früh 10 Uhr vertagt. Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

[Berichtigung.] In dem gestrigen Sitzungsbericht ist eine von dem Abg. Birkholz verlesene Stelle aus einer Rede des früheren Finanzministers v. Patow irrtümlich dem Abgeordneten selbst zugeschrieben. Diese, bei Gelegenheit des Hugen'schen Antrages in der Sitzung vom 6. Mai d. J. abgegebene Erklärung ist in jeglicher Zeit, wo die Frage der Ministerverantwortlichkeit so sehr in den Vordergrund tritt, doppelt interessant. Sie lautet: „wenn eine Etatsüberschreitung vorgekommen ist, welche nach Maßgabe der Verfassung der Zustimmung der Landesvertretung bedarf, und diese Zustimmung von der Landesvertretung verlangt wird, dann steht unbe dingt fest, daß der Minister, welcher dieselbe gut geheißen hat, der Landesvertretung persönlich verantwortlich gemacht werden kann. Aber gehen die Überbreitungen ins Große, dann werden Sie mit dieser persönlichen Haftbarkeit des Ministers doch nicht viel ausrichten, es bleibt Ihnen dann immer nur das andere wirksame Mittel, dem Minister, der sich vergleichliche Überbreitungen hat zu Schulden kommen lassen, ein Misstrauensatum zu geben, ihm bei Bewilligung seines Budgets zu verleihen, daß seine Verwaltung nicht gebilligt werden kann, daß er die daraus folgenden Consequenzen zu ziehen habe u. s. w.“

[Weber] die Verhandlungen der Budget-Commission des Herrenhauses erläutert man noch folgendes Nähere: Der Bericht ist noch nicht offiziell festgestellt, wird aber bereits vorläufig im Druck vorbereitet, so daß die Vertheilung vielleicht schon im Laufe des morgenden Tages erfolgen kann. Von vielen Mitgliedern wird diese Verzögerung der Vertheilung lebhaft beklagt.

Das Resultat der Verhandlungen ist aus der kürzlich erfolgten Veröffentlichung des Medingschen Antrags in der „N. Pr. Blg.“ und aus den begleitenden Bemerkungen zum Theil schon bekannt. Der Medingsche Antrag ging auf Annahme des Budgets in der Vorlage der Regierung. Wie bestimmt versichert wird, ist außerdem in der Comm. der Antrag gesetzt worden, das Budget für 1862 ohne weitere Verhandlungen mit dem anderen Hause zu verwerfen; dieser Antrag, heißt es weiter, sei indes mit 17 gegen 3 Stimmen abgelehnt, dagegen mit derselben Majorität beschlossen, dem Herrenhause vor Entscheidung über das Budget erst noch eine Zwischenverhandlung mit dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, dagegen die Annahme des Budgets in der vom andern Hause beschlossenen Art sehr gewichtige Gründe vorliegen. Diese Zwischenverhandlung soll nun, wie es ferner heißt, nach dem Vorschlag der Comm. darin bestehen, daß der Präsident des Herrenhauses in Form einer Mittheilung das andere Hause zu erneuter Erwähnung seiner beschäftigten Beschlüsse veranlaßt und, falls dieselben aufrecht erhalten würden, durch Beklebung über ihre Bedeutung dem Herrenhause die zu definitiver Entscheidung nötige vollständige Sachkenntnis verfasse. Gegen die Zulässigkeit einer solchen Zwischenverhandlung hat es in der Commission sonst nicht gegeben. Die Staats-Regierung, welche zwar sonst sich sehr zurückhalten zu müssen gemeint hat, hat sich doch für diesen Mittelweg ausgesprochen; der Ministerpräsident v. Bismarck selbst hat ihn befürwortet, da die Regierung, ohne principielle Concessionen machen zu wollen, einen Conflict doch nicht wünscht, vielmehr zu einer Vermittelung alles aufzubauen; das Land werde durch solche Verhandlungen, soll der Minister gehofft haben, am besten aufgeklärt und vor irreleitenden Einstellungen bewahrt werden.

Aus dieser Befürwortung der Regierung erklärte sich wohl die große Majorität, welche der Vermittlungsantrag — er wird dem Referenten Brüggemann zugeschrieben — in der Comm. gefunden hat. Inzwischen muß sich nun die Anschauung in den betreffenden Kreisen wieder geändert haben. Wenigstens heißt es heute ganz bestimmt, daß nach Auslage von Mitgliedern des Herrenhauses selbst an einer Annahme des Brüggemann'schen Vermittlungsantrages im Plenum nicht zu denken sei. Vielmehr soll zuerst das Budget in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form abgelehnt und dann in der Vorlage der Regierung angenommen werden.

Gleichzeitig wird von conservativer Seite versichert, der Schluf der Session sei durchaus noch nicht so bald zu erwarten, lasse sich im Gegenteil noch gar nicht absehen, da demnächst neue Schritte der Staatsregierung in Aussicht ständen, welche den beiden Häusern wieder zu thun geben würden. So wird in parlamentarischen Kreisen erzählt, welche mit dem Ministerium in naher Verbindung stehen; eine Bürgschaft dafür wird nicht überkommen.

Berlin, 8. Okt. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allgemein gerufen: Dem bisherigen Bureau-Bosse bei der Provinzial-Steuer-Direction zu Posen, Hauptmann a. D. und Kanzele-Kath. Biernacki, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, und dem Kupferschmiedemeister Friedrich van Außem zu Egeln im Kreise Wanzenbeck die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen. (St.-A.)

Berlin, 8. Okt. [Der telegr. im Morgenblatte gemeldete Leitartikel der „Stern“] lautet wie folgt: „Wenn noch irgend etwas erforderlich war, um zu beweisen, wie wenig der Majorität des Abgeordnetenhauses an einer praktischen Ausgleichung des sogenannten Conflicts wirklich gelegen war, wie dieselbe sich vielmehr ausschließlich auf einem theoretisch-formalen Standpunkt bewegt, so war es die Art und Weise, wie

das gestrige Entgegenkommen der Staatsregierung in Bezug auf die Annahme des Vinde'schen Amendements im Hause aufgenommen wurde.“

Die Regierung erklärte in der Annahme ein Unterstand der Verständigung zu erbliden und, wenn sie erfolgte, die dem Amendement entsprechenden Anträge stellen zu wollen. Kein Mitglied des Hauses hat das Bedürfnis gefühlt, auf die Absichten der Regierung näher einzugehen; die Discussion hat nach der Erklärung der Regierung den Charakter einer rein theoretischen Disputation beibehalten, ohne sich irgendwie mit dem Gedanken zu beschäftigen, ob nicht die neu eingetreteten praktischen Momente, die in Aussicht gestellten Vorlagen, welche man zur Verhütung des so bedenklich gefährdeten Conflicts benutzen könnte, eine Aenderung der Sachlage und der Stellung des Hauses begründeten. Wenn die Majorität in Folge der Erklärung der Regierung auf den Vinde'schen Antrag eingegangen wäre, so würden zunächst die betreffenden Vorlagen der Regierung und demzufolge auch die frühere Wiederberufung des Landtages zu erwarten gewesen sein — ein Punkt, auf welchen die Opposition bisher den erheblichsten Werth zu legen beauptete. Andererseits war schon durch die Erklärung der Staatsregierung vom 29. vor. Monats, mit welcher sie das Budget für 1863 zurückzog, die Vorlage eines Militär-Dienst-Gesetzes und eines umgearbeiteten Budgets in Aussicht gestellt.

Wenn nun diese Vorlagen, sowie die nach dem Vinde'schen Amendement in Ansehung des Etats pro 1862 zu gewärtigenden weiteren Vorlagen“ dem wieder berufenen Landtag vorgelegt worden wären, so wird kein besonderer und friedliebender Patriot in Zweifel ziehen, daß hiermit die Anfangspunkte zur Verständigung, welche die gestrige Erklärung der Regierung in dem Vinde'schen Amendement zu finden glaubte, eine Realität geworden wären.

Auf alle diese thatächlichen Versuche einer Verständigung hat sich indes die Mehrheit des Hauses der Abgeordneten nicht einlassen wollen.

Nicht die Thatsache des verschwundenen Entgegenkommen, sondern lediglich der Vorbehalt im Betreff der Motive ist zur Hauptfrage gemacht worden. Weil die Regierung nicht unbedingt den Motiven, welche der Auffassung der Gegner entsprechen, zustimmt, weil sie ihre Auffassung vom Verfassungsrecht nicht ohne Weiteres den Grundsätzen der Majorität unterwerfen will, deshalb bleibt ihr thatächliches Entgegenkommen unbedeutet, der praktische Inhalt ihrer Anerbietungen wird irgend einer Berücksichtigung oder auch nur Prüfung nicht für werth gehalten.

Nur hr. v. Vinde hatte Billigkeit und Takt genug, um die Motive, auf die sich der Regel nach Abstimmungen nur dann beziehen, wenn sie es ausdrücklich erklärten, als etwas von dem Tenor des Antrages trennbares aufzufassen, indem er aus sprach, daß er nie erwartet habe, daß die Regierung, wenn sie auf seinen Antrag einginge, es aus denselben Gründen wie sie Antragsteller thun würde.

Wenn dem Hause wirklich darum zu thun war, bedenkliche Verfassungsconflicte zu verhüten, so müste dasselbe es als einen hoch bedeutsamen Schritt anerkennen, daß die Regierung gerade trotz der abweichen den principiellen Auffassung und inneren Motive doch aus Liebe zum Frieden auf den Antrag selbst einzugehen bereit war.

Wenn in Folge der Annahme desselben die Regierung sodann ihre Vorschläge gemacht hätte, so wäre dagegen das Haus seinerseits auch bei dem Eingehen auf dieselben nicht zugleich an die Motive der Staatsregierung gebunden gewesen.

Für jeden, welchem eine rubige Entwicklung unseres Staatslebens wirklich am Herzen liegt, konnte es sich jetzt nur darum handeln, die gegenwärtigen Schwierigkeiten derselben durch ein formelles und thatächliches Einverständniß früher bestreiten zu helfen und dadurch einer weiteren Verständigung die Wege zu bahnen.

In solcher Friedensabsicht hat die Staatsregierung noch einmal den Vertrag zu einem „Waffenstillstand“ gemacht, — die Majorität des Abgeordnetenhauses dagegen hat von Neuem gezeigt, daß sie weder Frieden noch Waffenstillstand will.“ (Wir werden diesen durch und durch perfiden Artikel im Morgenblatt beantworten. Die Red. der Bresl. B.)

Schweiz.

Vom Wallensee, 5. Oct. [Enthüllung des Heinrich-Simon-Denkmales.] Eine seltene Feier führte in den heutigen Mittagsstunden dem großartig schönen Seestadt eine große Anzahl von Gästen aus den benachbarten Kantonen und dem Auslande zu; es hatte die feierliche Enthüllung des in biefiger Gegend errichteten Denkmals für Heinrich Simon statt. Von Zürich, Chur, St. Gallen trafen die Deputationen hierzu ein, welche in der ehrendsten Weise bemüht waren, den Manen des Dahingeschiedenen, in den tückischen Fluthen des Sees verunglückten Patrioten durch würdige Feier und zahlreiches Erscheinen bei der Enthüllung des Epitaphiums gerecht zu werden. Festreden und der Vortrag von Festgesängen erschienenen Gesangvereine erhöhten die Feier. (A. A. 3.)

worlichkeit so sehr in den Vordergrund tritt, doppelt interessant. Sie lautet: „wenn eine Etatsüberschreitung vorgekommen ist, welche nach Maßgabe der Verfassung der Zustimmung der Landesvertretung bedarf, und diese Zustimmung von der Landesvertretung verlangt wird, dann steht unbe dingt fest, daß der Minister, welcher dieselbe gut geheißen hat, der Landesvertretung persönlich verantwortlich gemacht werden kann. Aber gehen die Überbreitungen ins Große, dann werden Sie mit dieser persönlichen Haftbarkeit des Ministers doch nicht viel ausrichten, es bleibt Ihnen dann immer nur das andere wirksame Mittel, dem Minister, der sich vergleichliche Überbreitungen hat zu Schulden kommen lassen, ein Misstrauensatum zu geben, ihm bei Bewilligung seines Budgets zu verleihen, daß seine Verwaltung nicht gebilligt werden kann, daß er die daraus folgenden Consequenzen zu ziehen habe u. s. w.“

[Weber] die Verhandlungen der Budget-Commission des Herrenhauses erläutert man noch folgendes Nähere: Der Bericht ist noch nicht offiziell festgestellt, wird aber bereits vorläufig im Druck vorbereitet, so daß die Vertheilung vielleicht schon im Laufe des morgenden Tages erfolgen kann. Von vielen Mitgliedern wird diese Verzögerung der Vertheilung lebhaft beklagt.

Das Resultat der Verhandlungen ist aus der kürzlich erfolgten Veröffentlichung des Medingschen Antrags in der „N. Pr. Blg.“ und aus den begleitenden Bemerkungen zum Theil schon bekannt. Der Medingsche Antrag ging auf Annahme des Budgets in der Vorlage der Regierung. Wie bestimmt versichert wird, ist außerdem in der Comm. der Antrag gesetzt worden, das Budget für 1862 ohne weitere Verhandlungen mit dem anderen Hause zu verwerfen; dieser Antrag, heißt es weiter, sei indes mit 17 gegen 3 Stimmen abgelehnt, dagegen mit derselben Majorität beschlossen, dem Herrenhause vor Entscheidung über das Budget erst noch eine Zwischenverhandlung mit dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, dagegen die Annahme des Budgets in der vom andern Hause beschlossenen Art sehr gewichtige Gründe vorliegen. Diese Zwischenverhandlung soll nun, wie es ferner heißt, nach dem Vorschlag der Comm. darin bestehen, daß der Präsident des Herrenhauses in Form einer Mittheilung das andere Hause zu erneuter Erwähnung seiner beschäftigten Beschlüsse veranlaßt und, falls dieselben aufrecht erhalten würden, durch Beklebung über ihre Bedeutung dem Herrenhause die zu definitiver Entscheidung nötige vollständige Sachkenntnis verfasse. Gegen die Zulässigkeit einer solchen Zwischenverhandlung hat es in der Commission sonst nicht gegeben. Die Staats-Regierung, welche zwar sonst sich sehr zurückhalten zu müssen gemeint hat, hat sich doch für diesen Mittelweg ausgesprochen; der Ministerpräsident v. Bismarck selbst hat ihn befürwortet, da die Regierung, ohne principielle Concessionen machen zu wollen, einen Conflict doch nicht wünscht, vielmehr zu einer Vermittelung alles aufzubauen; das Land werde durch solche Verhandlungen, soll der Minister gehofft haben, am besten aufgeklärt und vor irreleitenden Einstellungen bewahrt werden.

Gleichzeitig wird von conservativer Seite versichert, der Schluf der Session sei durchaus noch nicht so bald zu erwarten, lasse sich im Gegenteil noch gar nicht absehen, da demnächst neue Schritte der Staatsregierung in Aussicht ständen, welche den beiden Häusern wieder zu thun geben würden. So wird in parlamentarischen Kreisen erzählt, welche mit dem Ministerium in naher Verbindung stehen; eine Bürgschaft dafür wird nicht überkommen.

Aus dieser Befürwortung der Regierung erklärte sich wohl die große Majorität, welche der Vermittlungsantrag — er wird dem Referenten Brüggemann zugeschrieben — in der Comm. gefunden hat. Inzwischen muß sich nun die Anschauung in den betreffenden Kreisen wieder geändert haben. Wenigstens heißt es heute ganz bestimmt, daß nach Auslage von Mitgliedern des Herrenhauses selbst an einer Annahme des Brüggemann'schen Vermittlungsantrages im Plenum nicht zu denken sei. Vielmehr soll zuerst das Budget in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form abgelehnt und dann in der Vorlage der Regierung angenommen werden.

Gleichzeitig wird von conservativer Seite versichert, der Schluf der Session sei durchaus noch nicht so bald zu erwarten, lasse sich im Gegenteil noch gar nicht absehen, da demnächst neue Schritte der Staatsregierung in Aussicht ständen, welche den beiden Häusern wieder zu thun geben würden. So wird in parlamentarischen Kreisen erzählt, welche mit dem Ministerium in naher Verbindung stehen; eine Bürgschaft dafür wird nicht überkommen.

Berlin, 8. Okt. [Der telegr. im Morgenblatte gemeldete Leitartikel der „Stern“] lautet wie folgt: „Wenn noch irgend etwas erforderlich war, um zu beweisen, wie wenig der Majorität des Abgeordnetenhauses an einer praktischen Ausgleichung des sogenannten Conflicts wirklich gelegen war, wie dieselbe sich vielmehr ausschließlich auf einem theoretisch-formalen Standpunkt bewegt, so war es die Art und Weise, wie

National-Anleihe 65 %. Oesterl.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 233. Oesterl. Bank-Anteile 762. Oesterl. Credit-Aktien 212%. Neueste österr. Anleihe 73%. Oesterl. Elisabet-Bahn 118. Rhein-Nahe-Bahn 28%. Mainz-Ludwigsbahn Litt. A. 127.

Hamburg, 8. October, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse fest. — Schluss-Course: National-Anleihe 66%. Oesterreich. Credit-Aktien 90. Vereinsbank 102. Norddeutsche Bank 99. Rheinische 97. Nordbahn 65. Disconto — Wien — Petersburg —.

Hamburg, 8. Oct. [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärtige weichend und ohne Kaufslit. Roggen loco fest, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 75. April-Mai zu 75—76 täglisch. Get. pr. Ott. 31%, pr. Mai 29%. Kaffee fest, aber ruhig. Zint ohne Umsatz.

Liverpool, 8. October. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. — Bolle Preise.

London, 8. October. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen besser. Frischer Weizen und Frühjahrsgetreiden unthätig. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 8. October. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco eher etwas matter. Terminusroggen 1 fl. niedriger. Raps October 83, April 86. Rübsl. Herbst 47%, Mai 48.

Berliner Börse vom 8. October 1862.

Fonds- und Geld-Course.		Div. 1861	Z.
Frei. Staats-Anleihe 41%	102½% b.	7½	3½
Staats-Anl. v. 1850	55½ 56 57 54	173½	173½ G.
dito 1854	55 56 57 54	4	—
dito 1858	52 53	3½	89 B.
dito 1859	50 51	4	97½ B.
Staats-Schuld-Sch.	3½	91	bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	127½	127	